

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 20. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Mai 2025)

zum Thema:

Das UNICEF-Kinderrechtenschulen-Programm

und **Antwort** vom 2. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 3. Juni 2025)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22618
vom 20. Mai 2025
über Das UNICEF-Kinderrechteschulen-Programm

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Fünfundsiebzig Schulen aus vier Bundesländern nehmen am UNICEF-Kinderrechteschulen-Programm teil. Das Programm ist bereits in den vier Bundesländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein gestartet. Weitere sollen folgen. Quelle: <https://www.unicef.de/informieren/einsatz-fuer-kinderrechte/kinderrechteschulen>

1. Wie bewertet der Senat das UNICEF-Kinderrechteschulen-Programm?

Zu 1.: Inhaltlich spricht das Programm wichtige Themen an, allerdings richtet sich das Training vor allem an Schulmitarbeitende, so dass Schülerinnen und Schüler in den Formaten des Trainings nicht direkt involviert sind. Methodisch werden die thematischen Auseinandersetzungen fast ausschließlich in E-Learning-Formaten angeboten, lediglich drei Präsenztage sind mit Trainerinnen und Trainern vor Ort vorgesehen. Dies scheint für einen Schulentwicklungsprozess im Sinne der interaktiven Entwicklung eines ganzheitlichen Schulkonzepts wenig geeignet.

Um Kinderrechte an den Schulen strukturell zu verankern, stehen im Land Berlin andere Programme zur Verfügung (s. Antwort zu 3.), die eine aktive Beteiligung der Schülerinnen und Schüler stärker in den Fokus nehmen und somit gelebte Demokratie verwirklichen.

2. Nehmen Schulen aus Berlin am UNICEF-Kinderrechteschulen-Programm teil?

Zu 2.: Eine Teilnahme ist für Schulen nur möglich, wenn das Land vertraglich das Programm der UNICEF-Kinderrechteschulen etabliert hat. Dies ist in Berlin nicht der Fall, daher nehmen keine Berliner Schulen teil.

3. Welche Pläne gibt es, eine Ausweitung des UNICEF-Kinderrechteschulen-Programms für Berlin voranzutreiben?

Zu 3.: In Berliner Schulen wurden und werden auf vielfältige Art und Weise demokratische Schulentwicklungsprozesse angestoßen. Die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler wurde erhöht und der Antidiskriminierungsschutz ausgebaut. Klimabildungs- oder Nachhaltigkeitsschulen konnten sich etablieren, auch zertifizierte „Kinderrechteschulen“ gibt es bereits in Berlin, z. B. die Grundschule an der Marie oder die Löcknitz-Grundschule. Sie haben am Programm der „Kinderrechteschulen“ des Deutschen Kinderhilfswerks teilgenommen, das im Modellprojekt Schulen darin unterstützt, Kinderrechte im Unterricht und in der Schule umzusetzen. Auch andere außerschulische Träger bieten Berliner Schulen die Möglichkeit, sie im eigenen Schulentwicklungsprozess zu unterstützen, z. B. die Deutsche Gesellschaft für Demokratieentwicklung (DeGeDe) oder die Deutsche Schulkademie, die verschiedene Schulentwicklungswerkstätten anbietet, z. B. die Werkstatt „Schule mit Weltblick“ in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF).

Auch eigene Programme oder weitere von der SenBJF geförderte Projekte werden von Berliner Schulen dafür genutzt, Schulentwicklungsprozesse anzustoßen, welche die demokratische Bildung sowie kinder- und menschenrechtsbasierte Bildung fördern und die Beteiligung stärken:

- Beratungsprogramm „proSchul“ der SenBJF zu Unterrichts- und Schulentwicklung
- Förderung des Projekts „Schüler/-innen gestalten Schule“ des Trägers „mehr als lernen“
- Förderung des Projekts „Schüler*innenHaushalt“ des Trägers „Servicestelle Jugendbeteiligung“.

Aus den benannten Gründen gibt es keine Pläne, eine Ausweitung des UNICEF-Kinderrechteschulen-Programms für Berlin voranzutreiben.

Berlin, den 02. Juni 2025

In Vertretung

Christina Henke

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie